Jürgen Zimmerer

Postkoloniale Denkmalkämpfe

Es ist ein wichtiger Schritt in der Geschichte genozidaler Verbrechen und ihrer Aufarbeitung: Der Deutsche Bundestag hat den Völkermord an den Armeniern einen solchen genannt – und zwar trotz massiver Proteste der türkischen Regierung. Was in der öffentlichen Debatte ob der Fokussierung auf die Türkei allerdings viel zu kurz kam, ist die Rolle des kolonialen Europa in der Geschichte genozidaler Gewalt. Hier ist etwa zum einen die Komplizenschaft des deutschen Kaiserreichs zu nennen, aber auch der zehn Jahre früher verübte Völkermord an den Herero und Nama. Darauf nachdrücklich hinzuweisen und die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen,¹ wird jedoch immer wichtiger, da wir längst in eine andere Epoche eingetreten sind, nämlich die des Postkolonialismus.

Die Welt, die Europa kolonisierend geschaffen hat, tritt heute den Gegenbesuch an, sie klopft sprichwörtlich an seine Türen: Es sind nicht nur die Geflüchteten, deren überwältigende Mehrheit aus den Krisenregionen des Nahen und Fernen Ostens oder des nördlichen wie zentralen Afrikas stammt – also aus Weltgegenden, die allesamt in den letzten zweihundert Jahren zumindest eine Zeit lang unter europäischer Herrschaft standen. Es sind auch die gut betuchten Vertreter Chinas, Indiens oder Brasiliens, die mittlerweile Europa auf jenem Weltmarkt Konkurrenz machen, den es in der Kolonialzeit selbst erst geschaffen hat. Die Welt verändert sich und damit

auch die Art, wie ihre Geschichte erzählt wird oder werden sollte.

Das aber wollen die ehemaligen europäischen Kolonialmächte noch immer nicht wahrhaben. Sie verweisen stattdessen auf Menschenrechte und Demokratie, auf das friedliche Zusammenleben, auf Klimaschutz und allgemeinen Wohlstand durch Freihandel und Globalisierung als den Errungenschaften Europas. Nur auf die historische Entwicklung dieses Wohlstandes aus dem europäischen Kolonialismus heraus verweisen sie dabei nie, es sei denn nostalgisch verklärend.

Die 600jährige Herrschaft Europas über weite Teile der Welt aber wirkt fort – auch durch die Dominanz westlicher Epistemologien und kolonialer Geschichtsbilder. Der Kolonialismus muss daher als Wechselwirkung verstanden werden, der die Kolonisierenden ebenso prägte wie die Kolonisierten: mit Ideologien der europäischen Überlegenheit und Diskursen der Zurückgebliebenheit der „Anderen“. Wir brauchen deshalb eine kritische Dekonstruktion nach wie vor dominanter Meistererzählungen – etwa von Fortschritt und Entwicklung des globalen Nordens, dem nachzueifern gälte – und eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen, kolonialen Geschichte.²

Eine weltweite Debatte

Diese Art kritischer Selbstreflexion ist keineswegs eine Eigenart deutscher Schuldsuche zur nationalen Selbstkasteiung, wie kolonialapologetische

1 Jürgen Zimmerer, Wer A sagt, muss auch N sagen. Der Armenienresolution muss eine Namibiaresolution folgen, denn auch in der deutschen Kolonialgeschichte gab es einen Genozid, in: „die tageszeitung“, 3.6.2016.

2 Vgl. Arjun Appadurai, Streben nach Hoffnung. Das Narrativ der Flucht und die Ideologie des Nationalstaats, in: „Blätter“, 1/2016, S. 95-103.

Autoren immer wieder betonen, sondern findet sich auch in anderen europäischen Ländern sowie in den ehemaligen Siedlerkolonien in Australien, Südafrika und den Amerikas.

So beschloss die Harvard Corporation als oberste Entscheidungsinstitution der Harvard Law School (HLS) – einer der renommiertesten juristischen Ausbildungsstätten der Welt – Mitte März, das Schulwappen zu ändern. Bislang zeigt es drei Garbenbündel, wie sie auch von Sklaven auf den Plantagen gesammelt wurden, und erinnert an die Familie Royall, frühe Stifter der HLS – und selbst Sklavenbesitzer. Studierende der Eliteschule empfanden angesichts dieser Familiengeschichte das Wappen als beleidigend und verletzend. Sie setzten die Änderung des Symbols und eine Auseinandersetzung mit dem institutionellen Rassismus durch.

Nur wenige Wochen zuvor, im Januar d.J., entschied sich das Leitungsgremium des Oriel-Colleges der weltberühmten Universität im britischen Oxford dagegen, eine Statue von Cecil Rhodes (1853-1902) abzubauen. Rhodes war Alumnus des Colleges und einer seiner großzügigsten Stifter. Obwohl das College den hier ebenfalls federführenden Studierenden noch im Dezember einen offenen Konsultationsprozess versprochen hatte, brach es die Debatte zu Beginn des Jahres ab – offenbar auf Druck gegenwärtiger und potentieller Stifter. Diese drohten mit dem Entzug von Millionen Pfund, sollte das College den Forderungen der Studierenden nachgeben.

Dabei gäbe es ausreichend Gründe, sich kritisch mit dem Stifter zu beschäftigen: Cecil Rhodes, der der Universität auch die Forschungsbibliothek „Rhodes House“ und die weltberühmten Rhodes-Stipendien hinterlassen hatte, war im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts als Gold- und Diamantenoligarch im südlichen Afrika zu immensem Reichtum gekommen. Als Ministerpräsident der britischen Kapkolonie war er die treibende Kraft einer

Expansionspolitik, die 1899 in den Zweiten Südafrikanischen Krieg mündete, besser bekannt als „Burenkrieg“. Der britische Sieg legte die Grundlage für das moderne Südafrika. Parallel dazu ließ Rhodes durch seine Privatarmee ab 1890 das nördlich des Transvaal angrenzende „Matabeleland“ und „Mashonaland“ erobern, das man zu seinen Ehren Rhodesien nannte.

Die Gier nach Gold und Diamanten verband sich bereits bei Rhodes mit globalen Herrschaftsfantasien: Er wollte eine Eisenbahn vom südafrikanischen Kapstadt bis nach Kairo (und dann weiter bis nach Indien) bauen lassen, die nur auf dem Gebiet britischer Kolonien errichtet werden sollte. Rhodes glaubte an die Überlegenheit der „weißen“, insbesondere der „angelsächsischen Rasse“ und wollte deren Vorherrschaft über die Welt fördern. Nicht zuletzt dafür schuf er eigens ein Stipendiensystem, um Angehörige dieser Elite durch ein Studium in Oxford auf diese Aufgaben vorzubereiten. Das Rhodes-Stipendium gehört mittlerweile zu den prestigeträchtigsten der Welt, zu seinen ehemaligen Inhabern zählt etwa der einstige US-Präsident Bill Clinton.

Der Streit um die an sich eher unbedeutende Statue in Oxford polarisierte und hob die Debatte um die Hinterlassenschaft und die historische Bedeutung des British Empire ins Rampenlicht der Öffentlichkeit. Während zahlreiche Intellektuelle wie der Historiker Timothy Garton Ash bekannten, sich nie kritisch genug mit dem Empire auseinandergesetzt zu haben, und die Debatte begrüßten, lehnten andere jeden Denkmalsturz ab. Im Januar ergab eine Umfrage, dass 59 Prozent der Briten die Statue nicht entfernt sehen wollten, 44 Prozent das British Empire bzw. den Kolonialismus als positiv betrachteten und nur 20 Prozent das Empire bzw. den Kolonialismus bedauerten.

Zuerst geriet Rhodes allerdings in Südafrika in den Fokus der Aufmerksamkeit, dort formierte sich der Protest gegen ihn und seine andauernde Me-

moralisierung. Die südafrikanischen Studierenden traten zudem mit generellen Forderungen nach besseren Studienbedingungen und sozialer Gerechtigkeit für die unter der Apartheid besonders diskriminierte „schwarze“ Bevölkerung auf. Schließlich wurde im April 2015 an der Universität Kapstadt das Rhodes Monument abgebaut.

Der Völkermord an den Herero und Nama

Auch Deutschland hat seine Rhodes-Momente, in denen auf die koloniale Geschichte des Landes hingewiesen und ihre kritische Aufarbeitung gefordert wird. Der Streit um das koloniale Erbe ist sogar unmittelbarer im politischen Zentrum angekommen als etwa in den USA oder Großbritannien. Dafür steht die Diskussion über den Völkermord an den Herero und Nama (1904-1908). So nennt etwa seit letztem Juli auch die Bundesregierung den deutschen Kolonialkrieg in Südwestafrika „Völkermord“ und ernannte sogar einen eigenen Gesandten für die Verhandlungen mit der namibischen Regierung.³ Allerdings lehnte der Bundestag im März d.J. einen Antrag der Linkspartei ab, der neben einer Anerkennung durch das Parlament und einer offiziellen Entschuldigung auch ein Denkmal für die Opfer von Kolonialismus und Rassismus an zentraler Stelle in Berlin vorsah sowie konkrete Maßnahmen der Wiedergutmachung. Derzeit führen die deutsche und die namibische Regierung diplomatische Geheimverhandlungen, und selbst die namibischen Opferverbände fühlen sich weitgehend ausgeschlossen. Es scheint, als sollten eine Beteiligung der Zivilgesellschaft und eine offene Debatte um jeden Preis vermieden werden.

3 Vgl. Anke Schwarzer, Nama und Herero: Völkermord ohne Entschädigung?, in: „Blätter“, 10/2015, S. 13-16; Jürgen Zimmerer, Entschädigung für Herero und Nama, in: „Blätter“, 6/2005, S. 658-660.

Das ist jedoch der falsche Weg. Gerade die Bundesrepublik sollte auf ihrem offenen Umgang mit den Verbrechen des Nationalsozialismus aufbauen. Sie hat Glaubwürdigkeit und ihren Platz im Kreis der Nachbarländer auch deshalb wiedererlangen können, weil die Verbrechen nicht vertuscht und unter den Teppich gekehrt wurden, wiewohl viele auch dies versuchten und wollten.

Mittlerweile ist die kritische Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus so etwas wie die Staatsräson Deutschlands geworden, an deren Notwendigkeit ebenso wenig gezweifelt wird wie am verbrecherischen Charakter des Regimes – zumindest nicht innerhalb des demokratischen politischen Spektrums. Gleichzeitig nimmt jedoch trotz aller „Aufarbeitungsarbeit“ der Rassismus in der deutschen Gesellschaft nicht ab. Schon vor den Ereignissen des letzten Jahres wiesen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler darauf hin, dass bis zu ein Drittel der deutschen Bevölkerung ein rassistisches Weltbild besitzt, vom ebenfalls vorhandenen Antisemitismus ganz zu schweigen. Offenbar vermochte die Aufklärungsarbeit bei der „Vergangenheitsbewältigung“ der NS-Verbrechen daran nichts zu ändern.

Das mag auch daran liegen, dass man den Rassismus gegen Menschen aus Afrika, Asien oder den Americas nicht verstehen kann, ohne seiner Traditionslinien gewahr zu werden. Diese jedoch entspringen dem deutschen Kolonialismus, der sowohl Genozid als auch „Rassegesetze“ kannte und in dem „Rassenschande“ unerwünscht und staatlich sanktioniert war. Auch nach den sexualisierten Übergriffen in der Silvesternacht ersetzten pauschalisierende Beschreibungen einer arabischen/nordafrikanischen „Maskulinität“ und „Virilität“ jede genauere Analyse. „Ausländer“ und „Geflüchtete“ wurden aufgrund ihrer biologischen Disposition als Schuldige und damit als mit der deutschen Gesellschaft unvereinbar angesehen. Diese

pauschalen Zuschreibungen erinnern an die „Schwarze-Schmach-Kampagne“ aus den 1920er Jahren: Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges hatte Frankreich das Rheinland besetzt, um die Zahlung von Reparationen zu erzwingen. Um Deutschland bewusst zu demütigen, setzte es dazu „schwarze“ Soldaten aus dem Senegal ein. Daraufhin starteten rechtsgerichtete und bürgerliche Kreise die Kampagne „Die schwarze Schmach am Rhein“, mit der sie die Besatzungssoldaten faktenwidrig als Vergewaltiger blonder deutscher Mädchen darstellten. Diese Kampagne hatte weitreichende Folgen für das Afrikanerbild in Deutschland und markiert ein Schlüsselmoment in der Geschichte des afrophoben Rassismus. Seine Bedeutung kann man auch daran ermessen, dass die Sterilisierung der „Rheinland-Bastarde“ zu den ersten eugenischen Maßnahmen nach der Machtergreifung durch die Nazis 1933 zählte. Dass sich die angeblichen Vergewaltigungen und sexualisierten Übergriffe nahezu allesamt als unwahr herausstellten, konnte an dieser Wirkung nichts mehr ändern.

Ein Umdenken ist in Sicht

Der postkoloniale Kampf um Denkmäler entspringt also nicht einer politischen Korrektheit oder einem angesagten Zeitgeist. Vielmehr will er eine Vergangenheit offenlegen, mit deren Folgen wir bis heute konfrontiert sind. Es geht um die Aufarbeitung des vergangenen wie gegenwärtigen Rassismus, um ein besseres Verständnis des Kolonialismus als einer Proto-Globalisierung, deren negative Auswirkungen jetzt langsam auch wir zu spüren bekommen.

Es gibt Anzeichen dafür, dass manche deutschen Gemeinden die Zeichen der Zeit erkannt haben und sich dem kolonialen Erbe stellen. Allerdings basieren geplante Vorhaben fast immer auf der Privatinitiative einiger weni-

ger. Lediglich in Hamburg hat sich bisher eine Stadtregierung und somit auch ein Bundesland die postkoloniale Aufgabe zu eigen gemacht: Mit Zustimmung aller in der Bürgerschaft vertretenen Parteien beschloss der SPD-geführte Senat im Juli 2014, dass die Stadt in den kommenden Jahren ein gesamtstädtisches postkoloniales Erinnerungskonzept erarbeiten soll.⁴

Das Projekt hat weit über Hamburg hinausgehende Signalwirkung, da die Hafenstadt aufgrund ihrer Handelsbeziehungen als *die* deutsche Kolonialstadt schlechthin zu gelten hat – neben Berlin als politischem Zentrum des deutschen Kolonialreiches. Hamburgerinnen und Hamburger waren immer schon an den Kolonialunternehmungen anderer europäischer Städte und Nationen beteiligt, sie handelten mit Kolonien und Kolonialmächten, mit Kolonialwaren und auch mit Menschen. Hamburg wurde mit den Hagenbeckschen Völkerschauen berühmt, besaß eines der bedeutendsten Völkerkundemuseen, das in der Hochphase des deutschen Kolonialismus erbaut wurde, und war Sitz des 1908 gegründeten Deutschen Kolonialinstituts, einem Vorläufer der 1919 gegründeten Universität. Sowohl Völkerkundemuseum als auch Kolonialinstitut wurden durch Schenkungen von Alfred Beit ermöglicht. Damit schließt sich der Kreis zu den Debatten in Oxford und Kapstadt, und nebenbei wird auch die internationale Dimension des Kolonialismus verdeutlicht: Denn Beit, nach dem in Oxford bis heute der Lehrstuhl für Kolonialgeschichte – jetzt Geschichte des Commonwealth – benannt ist, war Spross einer Hamburger Kaufmannsdynastie. Sein enormes Vermögen machte er mit Gold und Diamanten im südlichen Afrika – als „rechte Hand“ von Cecil Rhodes.

⁴ Es wird durch eine an der Universität Hamburg eingerichtete Forschungsstelle „Hamburgs (post-)koloniales Erbe/Hamburg und die (frühe) Globalisierung“ wissenschaftlich begleitet; vgl. www.geschichte.uni-hamburg.de.